

Korrespondent.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 2 Mk., monatlich 35 Pf., für mehrer Quartale in der Gabeln u. auf 6 Monate 1.20 Mk., monatlich 40 Pf., 50 Pf. (Einzelnummer 5 Pf., nach Anhang mit Belegbogen). — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal wöchentlich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Festtagen; in den Abgabebestellen der Städte am Abend vorher. — Kaufmann anderer Originalbestellungen nur mit genauer Kundenangabe gestattet. — Der Rückbehalt neuerer Bestellungen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essiglig, Illustr. Sonntagsblatt mit
18 färbiger Monatsbeilage.
essiglig, landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Beilage oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis 20 Pf., 10 Pf., anderwärts 15 Pf., 10 Pf., 15 Pf., 20 Pf., 25 Pf., 30 Pf., bei vollständiger Satz entsprechender Ausstattung, Beschriftung der Beilagen nach Uebereinkunft. Für Nachbestellungen und Eilbestellungen besondere Berechnung, nach Anhang mit Belegbogen. — Erfüllungsort: Merseburg.
Anzeigenannahme in unserer Geschäftsstelle für schriftliche Aufträge 10 bis 12 Uhr vormittags, für Mündliche Aufträge bis 12 Uhr mittags.

Nr. 65.

Donnerstag den 18. März 1909.

35. Jahrg.

Steuer-Vorschläge.

Von Anfang an hat bei der Finanznot das Steuerfinden Berufener und Unberufener eine große Rolle gespielt. Ein großer Geschäftsmann hat einen sehr hübsch und sachlich durchgearbeiteten Vorschlag auf Erhebung einer Versicherungsteuer gemacht, die ja bis zu einem gewissen Grade geeignet ist, eine Vermögenssteuer zu ergeben, aber freilich, da der Grund und Boden nicht abrennt und auch gegen Abschwehmung nicht verschifft wird, von vornherein den Grundbesitz günstiger behandelt als die Industrie. Diese Steuer würde vom Hausbesitzer auf die Mieter abgewälzt werden und könnte vor allen Dingen das wirklich vorhandene Vermögen nicht berücksichtigen, da sie immer vom Brutto-Versicherungswert ohne Rücksicht auf die Schulden erhoben werden würde. Auch würde sie die schlechten Mieter, die auch meist geringeren Vermögenswert besitzen als die guten, viel höher belasten als die guten.

Von ärztlicher Seite ist neuerdings der Gedanke einer Steuer auf Gehimittel angeregt worden, der gewiß sehr viel für sich hat. Der Ertrag einer solchen Steuer würde aber trotz des großen Verbrauchs von Gehimitteln, dessen Einschränkung nur erwünscht sein kann, kaum in einem gesunden Verhältnis zu den Erhebungskosten stehen. Zunächst die schwierige Frage: Was ist ein Gehimittel? Von Alberts Remyeh und dem Liqueur du docteur Laville, zu dem die Gichtler greifen, wenn die Schmerzen des Anfalls zu heftig werden, bis zur Schweizerpille und dem Dragée des Dr. Bergus, Sachen, die von unendlich vielen Ärzten verschrieben werden, wird es schwer sein, in jedem einzelnen Falle festzustellen, was ein Gehimittel ist. Wir haben ja schon Listen auf diesem Gebiet, aber niemand wird behaupten können, daß die geistlichen Bestimmungen über das Verbot der Anführung von Gehimitteln, das diese Listen notwendig gemacht hat, einwandfrei seien. Das Verfahren hat zu den allergeringsten Bescheidungen geführt, und die Sache würde sicher noch schlimmer werden, wenn der Steuerfiskus sich einmischte.

Das Petroleummonopol ist seit langem empfohlen worden. Augenblicklich ist das Privatmonopol zwar stark eingeschränkt, denn das Scheitern des galizischen Petroleumkaufs hat zu einer Preisflaute auf dem deutschen Markt in galizischen Ölen geführt, die auch die Standard Oil Company, die russische und die rumänische Produktion, die sich mit den Amerikanern über die Einteilung der Absatzgebiete verständigt haben, zu sehr erheblichen Konzessionen an die Konkurrenz genötigt haben. Recht fraglich ist aber, wie lange diese freie Konkurrenz in Galizien dauern wird, da sie mit einer Preisflaute verbunden ist, die in nicht allzu langer Zeit die schwächeren Unternehmungen ausschalten wird. Dann dürfte die Alleinherstellung des privaten Petroleummonopols allerdings wieder eintreten, umso mehr als es für eine neue Konkurrenz mit erneuten Verlusten verbunden ist, den Wettbewerb gegen die eingeführten Lieferanten aufzunehmen.

Unter diesen Umständen ist allerdings die Frage eines Reichshandelsmonopols sehr ernstlich zu erwägen. Ein solches brauchte das Petroleum nicht um einen Pfennig zu verteuern und vermöchte doch, dem Reiche einen sehr erheblichen Gewinn, den wir auf rund 30-40 Millionen Mark schätzen, zu erbringen. Freilich Herr Sydow scheint nicht der Mann zu sein, so etwas praktisch durchzuführen, da würde eine faunmännisch gefühlte Kraft à la Dernburg besser am Platze sein. Denn will man sicher sein, daß die Monopolverwaltung nicht späterhin von den faktellierten Produzenten des Rohstoffs ausgebeutet wird, so muß eben auch der Rohstoffproduktion zu haben. Und dazu langt bürokratische Schaltung allein nicht aus; gangbar bleibt der Weg aber immerhin. Und jedenfalls würde damit nicht so zumeist in Inlandindustrie eingegriffen werden, wie beispielsweise mit der Biersteuer; nur im Handbunde läßt sich so

etwas nicht machen. Bedauerlich bleibt es aber, daß man im Reichshandelsmonopol solche Fragen lediglich erwägt, statt ihnen ernsthaft nachzugehen.

Zur Reichsfinanzreform.

Gegenüber dem Gesetze des Bundes der Landwirte, daß die Nachlaststeuer den größten Teil der Bauern ruinieren werde, ist recht interessant, was der heftigste Finanzminister in der zweiten Kammer zu Darmstadt über die Wirkung der Nachlaststeuer in Hessen vortrug. Danach fallen von allen mit landwirtschaftlichen Vermögen von mehr als 20 000 M. veranlagten Personen 29 Proz. unter die ursprünglich vorgesehene Vermögensgrenze. Setzt man diese aber auf etwa 50 000 Mark herauf, wie dies u. a. H.arrer Krell auch im Wahlkampfe empfahl, so würden nur 7,8 Proz. aller heftigsten Landwirte Nachlaststeuer zu zahlen haben. Die amtliche „Darmstädter Ztg.“ hat die beglückten Zahlen detailliert veröffentlicht, so daß man sich auch ein Bild davon machen kann, in welchen, oder richtiger gesagt, in wie geringem Umfange die Landwirtschaft von einer Nachlaststeuer mit höherer Steuerfreigrenze getroffen würde. — Die Bündler werden trotz dem weiter schreien. Die innere Unwahrscheinlichkeit ihrer Agitation ist aber erwiesen.

Aus dem pommerschen Wahlkreis Schlawe-Wittow-Mummelsburg wurde am geschrieben: In Rugenwalde fand eine von über 300 Personen besuchte Versammlung statt, in der Schriftsteller Emil Brandt im Auftrag des freisinnigen Wahlrechtsausschusses über die preussische Wahlrechtsfrage sprach. Einmütig wurde die Einführung des geheimen, gleichen, direkten Wahlrechtes in Preußen gefordert. Danach sprach Generalsekretär Weinhausen-Verlin über die Reichsfinanzreform. Unter großem Beifall wurde folgende Resolution angenommen: „In der heutigen vor verschiedenen Parteianhängern zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung wurde nach eingehender Erörterung der Reichsfinanzreformvorlage einstimmig beschloffen, dem Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises, Herrn Rittergutsbesitzer von Michalski, den dringenden Wunsch auszusprechen, sich für die von der Reichsregierung vorgeschlagene und nachdrücklich vertretene Nachlaststeuer mit aller Kraft einzusetzen und seiner Steuerreform zuzustimmen, die diese gerechte Steuer nicht enthält.“ — In der vorausgegangenen Woche hatte Schriftsteller Emil Brandt auf Veranlassung des freisinnigen Wahlrechtsausschusses in städtischen und ländlichen Versammlungen, ohne in dieser anarischen Hochburg Widerspruch zu finden, über die Wahlrechtsfrage gesprochen und die Forderung nach einem ehrlichen und gerechten Wahlrecht vertreten. In der Frage der Reichsfinanzreform wurde in allen Versammlungen einmütig die Nachlaststeuer gefordert.

Der liberale Verein zu Eisenberg (Sachsen-Anhalt) hatte dieser Tage eine öffentliche Versammlung einberufen, um zum derzeitigen Stande der Reichstagsverhandlungen über die Finanzreform Stellung zu nehmen. Das Komitee hatte der der freisinnigen Volkspartei angehörende Vertreter des Reichstagswahlkreises Saalfeld-Sonneberg-Camburg, Herr Reichstagsabgeordnete Enders, übernommen. Nach sehr lebhaften Debatten wurde einstimmig eine Resolution angenommen des Inhalts: „Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unter keinen Umständen der Erhebung vorhandener oder der Schaffung neuer indirekter Steuern ihre Zustimmung früher geben, bevor eine von Reichswegen zu erhebende Nachlast- oder Erbfallsteuer oder eine ähnliche direkt wirkende Steuer sichergestellt ist.“

Eine Verschiebung der Reichsfinanzreform bis in den Herbst hinein soll angeblich von gewisser Seite versucht werden. Der konservative

„Reichsbote“ teilt mit, daß tatsächliche Bestrebungen im Gange sind, durch unnötige Dinausögerung der Beratungen die Verabschiedung der Reichsfinanzreformvorlage vor Pfingsten zu vereiteln, die Entscheidung bis in den Herbst zu verschieben. — Der „Frei. Ztg.“ ist von solchen Bestrebungen nichts bekannt, da aber der „Reichsbote“ seiner Parteilichkeit nach Beziehungen zu der konservativen Reichstagsfraktion pflegt, so muß eben dort die Absicht einer Verschiebung der Reichsfinanzreform bestehen.

Zu den Balkanfragen.

Die Türkei läßt sich durch die gestern veröffentlichten serbischen Erklärungen betr. des Sandrats Kooibazar nicht in Sicherheit bringen. Wie verlautet, erlichte die serbische Regierung am 17. März auf den Zweck ihrer außerordentlichen militärischen Maßnahmen. Die offizielle Antwort K. Serbiens auf die serbische Note wird nach der „Neuen Freien Presse“ noch im Laufe dieser Woche erfolgen. Zu dieser Note K. Serbiens ist die serbische Regierung mit Erklärungen über den wichtigsten Punkt vermischt. Die österreichisch-ungarische Regierung will die serbische Regierung aufordern, sich über diesen Punkt in klarer, ungewänderter Weise zu äußern. Österreich-Ungarn zeigt also auch jetzt noch ein ungewöhnliches Maß von Gehalt, tritt aber gleich Serbien für alle Fälle militärische Vorbereitungen. Die Mobilisierung für die zunächst im Bereich kommenden Armeekorps in Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien sollte am Dienstag fertig werden. Dieser Schritt bedeutet die sofortige Einberufung der Ergänzungsmannschaften und die Annahme des vollen Kriegesstandes beim 15. Korps (Sarajewo) und beim Militärkommando Zara. Für die nächsten Tage steht die Mobilisierung des VII. (Zemestan), des XII. (Serranstadt) und des XIII. (Agrani) Korps bevor. Außerdem dürfte noch das IX. Korps (Wettimer) und ein Teil des VIII. Korps (Prag) mobilisiert werden.

Am 17. März ist ein Abgeordneter aus der serbischen Regierung im Reichstag im Verlauf der Debatte über das Rekrutenkontingent Militärpräsidium Jhr. v. Wiener etc. Die Antwort der serbischen Regierung auf unsere jüngste Demarche hat unseren Erwartungen nicht entsprechen. (Zusammenfassung) Wir haben Serbien in entgegenkommender Weise die Hand reichen wollen, um es in die Lage zu versetzen, sich um gerechtere Berücksichtigung seiner Rechte über die Veränderung seiner Politik hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina, sowie über die Fortsetzung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu äußern. Und diese bestimmte Frage hat die serbische Regierung in ausweichender Weise beantwortet. Wir werden jedoch nicht in der Lage sein, vor einer uns befriedigenden Herbeiführung der wahren Absichten Serbiens mit ihm in eine Erörterung der wirtschaftlichen Fragen einzutreten. Da die Verhandlungen fortgesetzt werden, so muß ich mich auf diese kurzen Ausführungen beschränken. Der Ministerpräsident betonte weiter die Notwendigkeit einer starken, schlagfertigen Armee, sowie die Notwendigkeit der Herbeiführung ihrer Einheit im Interesse der Wahrung der Unabhängigkeit und Bündnisfähigkeit der Monarchie und hat um reichliche Erledigung der Rekrutenvorlage. (Wahlfahrer Beifall).

Die in den Verhandlungen der deutschen Regierung kommen zum Ausdruck in folgendem Berliner Telegramm der „Frei. Ztg.“: „Man geht nicht zu weit, wenn man die serbische Antwort auf die Eröffnungen des Grafen Fergach als eine große Überraschung betrachtet, auf die man um so weniger vorbereitet war, als mündliche von Serbien abgegebene Erklärungen eine ganz anders geartete und entgegenkommendere Antwort hätten erwarten lassen. Das von Österreich ermiene Entgegenkommen ist somit nicht erwideret worden, und die ablehnende Haltung Serbiens erfuhr dadurch noch eine Verschärfung, daß die serbischen Rüstungen allem Anschein nach mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt werden.“

Wie die „Abd. Ztg.“ schreibt, legt man trotz der alarmierenden Nachrichten, die aus dem Wettermittel am Balkan kommen, in deutschen Kreisen die feste Überzeugung, daß sich ein Krieg vermeiden lassen werde. Wie aus Kreisen der Berliner Staatskanzlei mitgeteilt wird, ist verschiedene Berliner Bankhäuser von ausländischer Seite die bindende Erklärung erteilt worden, daß für die nächste Zeit eine Störung des europäischen Friedens keinesfalls zu befürchten sei.

Politische Uebersicht.

Sachsen. An der Gottbardbahnkonferenz nehmen nach der „Abd. Ztg.“ als sächsische Vertreter zelt. Bundesrat Herr Dr. Wilsdorf der Generaldirektion der sächsischen Bundesbahnen, Weisbach, Generaldirektor Diefemann, Direktor Petalozzi vom eisenbahnsächsischen Eisenbahndepartement und Herr Suter, ein sächsischer der Gottbardbahn, ferner als italienische

Vertreter der italienische Gesandte in Bern und zwei weitere Abgeordnete, hauptsächlich als deutsche Vertreter der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Strassburg, Wagner, und der Vortragende Rat in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin, Gies.

Oesterreich-Ungarn. Über Landesverordnungsrecht sind in Wien im Ausschusse der Abgeordneten, hauptsächlich als deutsche Vertreter der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Strassburg, Wagner, und der Vortragende Rat in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin, Gies.

Frankreich. Zum Streit der Pariser Postbeamten ist weiter zu berichten, daß das Pariser Polizeigericht am Montag seinen Bescheid, die bei der Kündigung am Freitag beschuldigte Aufsicht gegen den Unterstaatssekretär Simon ausgesprochen haben, zu sechs Zogen Gefängnis verurteilt hat. Am Montag nachmittag voranstellten Angeheile der Hauptpost, als sie von der Beurteilung mehrerer Postbeamten erholten, neuerdings Kundgebungen gegen die Verurteilung. Am Montag 1/2 Uhr ergriffen Unterstaatssekretär Simon und Polizeisekretär Epine mit fünfzig Gardien, die die Kundgebungen vor dem Hauptpostamt unterdrücken und vier Beamte verhaften. Nachher begab sich Epine zum Finanzpräsidenten Clemenceau zu einer Konferenz. — Inzwischen hat sich die Lage dadurch verschärft, daß die Post- und Telegraphenbeamten der Generaldirektion beschuldigt haben. Mehrere Blätter zufolge sollen der Postamtgehilfen aus dem Zustande zur Unterzeichnung der Streikbewegung größere Summen abgeholt sein, so aus England 10000 Pfund Sterling. (N) In einer in der Nacht zum Dienstag in zwei Hälften abgehaltenen, von 600 Post- und Telegraphenbeamten besetzten Versammlung, richteten verschiedene Redner und Rednerinnen überaus heftige Angriffe gegen den Unterstaatssekretär Simon, gegen die Regierung und den Polizeipräsidenten, welche letztere der Verurteilung bedrohte. Schließlich wurde eine Resolution in dem Sinne angenommen, daß durch solche der sofortige Aufruf an die Arbeiter, protestant zu werden. Mehrere meldete Beamte verdragen, daß die Telegraphenbeamten und Telephonbeamten sich dem Streik anschließen werden.

Russland. Die russische Reichsдума verhandelte in ihrer Abhandlung vom Montag über den Etat des Justizministeriums. Unter anderem brachte Dymisch, der Vertreter des Bolotnikows, eine Übergangsformel ein, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Polen zur Befreiung der Freiheitskämpfer in polnischen Gouvernements zugelassen würden. Justizminister Schtschegolew erwiderte, Dymisch habe wohl von theoretischen, nicht aber von praktischen Standpunkte aus recht. Anschließend an einhundertfünfzig in polnischen gerichtete Gesetze wären im Jahre 1905 nicht auf der Höhe geblieben, da ihre Tätigkeit den separatistischen polnischen Tendenzen nachgegeben und sie die Justiz nicht in ihren Händen behalten hätten. Jetzt wurde genehmigt, daß sogar allgemeine Gerichtsinstanzen in diese Hände übergehen. Es wäre von praktischer Bedeutung, aus ein großer Fehler, die Ämter des Gerichts in gegenwärtigen Augenblick Personen polnischer Herkunft in den polnischen Gouvernements zu öffnen. In der Dienststellung erklärten die Sozialdemokraten, sie seien im Prinzip mit dem in der Übergangsformel des Bolotnikows ausgesprochenen Wunsch, die zur Befreiung der Freiheitskämpfer in polnischen Gouvernements Polen zuzulassen, einverstanden, müssen aber trotzdem gegen diese Formel stimmen, da sie den Etat des Justizministeriums abschleichen. Die Übergangsformel wurde hierauf von der Mehrheit der Duma abgelehnt. — Der Dumapräsident wurde am Montag zum Jaren in Jaroslawo-Stelo in zweitägiger Audienz empfangen.

Schweden. Im Kabinett tritt es. Der Minister des Äußeren v. Zolle, der Landwirtschaftsminister Pettersson und der Minister ohne Portefeuille Moos haben am Dienstag ihre Entlassung eingereicht.

Österreich. 27 abendliche Deputierte haben am Sonntag eine Versammlung abgehalten und beschlossen, während der Beratung in der türkischen Kammer über das Ententeprotokoll zu fragen, ob Oesterreich-Ungarn im Falle eines Angriffes Serbiens und Montenegro auf dem Sandstafel Novibazar seine Unterstützung zugesichert habe. Ferner zu beantragen, daß die 2 1/2 Millionen Mann, die Auswanderung von bosnischen Emigranten verwendet werden und daß das österreichisch-ungarische Protektorat über die absonderlich katholischen aufgehoben werden. — Das russisch-türkisch-bulgarische Finanz-Abkommen ist am Dienstag unterzeichnet worden.

Verhen. In den perischen Wirren wird den „Daily News“ aus Zürich gemeldet, daß es von den Anhängern des Schahs genommen worden. Die Einwohner haben sich über den Irrtum geäußert. — Wie die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ meldet, hat die andauernde Gärung im Reiche des Schahs veranlaßt, Vorkehrungen zur Verhütung des Landes zu treffen. Ein zu diesem Zweck unter Vorherrschaft des Prinzen Saib es Sultan abgehaltener Ministerrat hat sich dahin ausgesprochen, Stadtbürger verschiedener Klassen mit der Ausarbeitung der Grundlagen einer Konstitution zu betrauen. Der Schah genehmigte darauf den Vorschlag des Ministers des Äußeren, einen Bürgererrat von 60 bis 70 Personen zu ernennen, welcher mit seinen Arbeiten in den nächsten Tagen beginnen soll. — Am Montag hatte der Schah eine zweitägige Beratung mit dem russischen Geschäftsträger. — Wird alles nichts mehr

helfen, denn der Schah, der die Verfassung brach, genießt kein Vertrauen im Volk.

China. Eine Meldung der „Morning Post“ aus Schanghai zufolge ist die chinesische Regierung bemüht, sich die Rückgabe von Weihaiwei zu sichern, um dort eine Flottenbasis zu schaffen. Es wird beabsichtigt, den Hafen für einen offenen zu erklären.

Kanada. Nach einer Meldung aus Ottawa (Kanada) erklärte in Verantwortung mehrerer Anfragen, betreffend die Verhandlungen über die Abfassung der Eurtage auf deutsche Waren, der Finanzminister, er halte es nicht für ratsam, sich über den Inhalt der Unterhandlungen öffentlich auszupressen. Kanada werde jedoch jeden Vorschlag Deutschlands zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern eingehend erwägen. — Die außerordentliche Session des Kongresses der Union hat Montag mittig begonnen. Die neue Tarifvorlage bildet den Gegenstand der Beratungen.

Merito. Wie „Wolfs Bureau“ meldet, hat die merkantile Regierung der Firma Klump 14 Geschäftsgebäude in Santa Fe zur Verfertigung von Schiefbaumwolle überlassen.

Deutschland.

Berlin, 17. März. Dienstag vormittag nahm der Kaiser im königlichen Schlosse zu Berlin die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts Generalleutnants Fehr v. Lynder und des Chefs des Admiralstabes der Marine Admirals Grafen v. Baudissin entgegen. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ besonders mitteilt — der Hofbericht weiß noch nichts davon — sprach der Kaiser am Dienstag vormittag bei dem Reichskanzler Fürsten Bülow vor.

— Eine Reise des Kaisers nach Korfu war in mehreren Blättern für die nächsten Wochen angeführt worden. In einem offiziellen Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ wird aber betont, ob diese Reise werde unternommen werden, siehe heute noch nicht fest, da sich der Kaiser die letzte Entscheidung hierüber vorbehalten habe. Es ist selbstverständlich, daß diese Entscheidung von der Entwicklung der politischen Verhältnisse abhängen wird.

— (Vizeadmiral Schmidt), der durch den Prozeß Berger weiteren Kreisen bekannt geworden ist, wurde, nach einer Meldung aus Wilhelmshaven, von der Stellung eines Direktors im Kriegsbureau des Reichsmarineministeriums entbunden und zur Verhütung des Staatssekretärs gestellt.

(Kulturminister Dr. S. Holle) ist am Dienstag im Sanatorium Martinsbrunn in Meian eingetroffen.

— (Die gemeinsame deutsch-englische Expedition auf Neu-Guinea) aus Melbourne meldet, ergeben, daß im Jahre 1908 Eingeborene sich großer Gewalttaten schuldig gemacht haben. Vizegouverneur, der Minister des Äußeren des Commonwealth, ist sehr zufrieden mit dem solchen Erfolge, den das Zusammenwirken der australischen und deutschen Behörden gehabt hat.

— (Zum Fall Jähndrich) teilt der Magistratsberichterfasser mit: Die dem früheren Stadtv. Jähndrich von dem Pächter gezahlten 300 M. sind nicht zu Wahl- oder Agitationszwecken benutzt worden, sondern, wie einwandfrei befunden worden ist, dem Pächter schon vor längerer Zeit von Jähndrich zurückgeschickt worden.

— (Die Bündler machen Witz.) In einer Verammlung des Bundes der Landwirte zu Hagen i. W., die Ehrenamtmann Verken Vorsitz leitete, und die sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigte, wurde eine Erklärung angenommen, in der der freimüthige Abg. Cuno aufgefordert wurde, gegen die Nachlaststeuer und für den weiteren Ausbau der indirekten Steuern zu stimmen.

— (Aus München) wird uns geschrieben: Der Nationalverein für das liberale Deutschland entwickelt zur Zeit eine sehr lebhafte Tätigkeit. In der Zeit vom 14.—21. April wird in Frankfurt am Main der dritte Ausbildungskursus zur Einführung in das Werkleben des öffentlichen Lebens abgehalten, dessen Programm vor kurzem veröffentlicht wurde. Im Anschluß daran findet eine Tagung des akademischen Freibundes statt, jener studentischen Strömung, die den Verehrungen des Nationalvereins nahe steht. Am 24. April tritt der Gesamtverband des Nationalvereins zusammen, um ein Arbeitsprogramm aufzustellen. Am 25. April wird endlich eine landwirtschaftliche Konferenz abgehalten, die eine Fortsetzung der Beratungen der landwirtschaftlichen Vereinigung des Münchener liberalen Kongresses darstellt. Diese Konferenz soll zunächst nicht anders lesien, als eine Aussprache der auf dem Boden des Liberalismus stehenden Landwirte herbeiführen. Da bereits aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands Zulagen zum Besuch dieser Konferenz vorliegen, verpricht die Aussprache sehr interessant zu werden. Alle diese Zusammenkünfte finden in Frankfurt a. M. statt. Näheres ist zu erlangen durch das Generalsekretariat des Nationalvereins in München-Gern.

— (Partei-politisches.) In Altenburg hat sich ein liberaler Verein gebildet, dem schon

über 100 Mitglieder angehören und in dem sehr tüchtig gearbeitet wird. In der letzten Sitzung ist folgender Beschlußantrag einstimmig angenommen worden: „Der liberale Verein zu Altenburg bedauert die Zustimmungserklärung der liberalen Kronungskommunität zum Steuerkompromiß, da der Altenburger Landtag mit seiner agrarischen Mehrheit nicht die Gewähr bietet, daß die sogenannten Besitzsteuer gerecht und gleichmäßig auf die tragfähigen Schulden in Stadt und Land verteilt werden. Der Verein fordert dringend die Einführung der Nachlaststeuer.“

— (Eine Verfügung eigener Art) hat nach einem Bericht der „Posener Lehrzeitung“ ein geistlicher Ortschulinspektor in der Nähe der Provinzialhauptstadt vom Stavel gelassen: „Ich habe Brevianstellung, die Herrin Lehrer von Wittshausen, Leben, Karten spielen, sowie jeder zum Amte und zur sozialen Stellung eines Lehrers nicht passenden Weltfremdsinn bemerkt zu warnen. Hier in der Dittmar und Dippora vor den Mäcken der Katholiken, Polen und Juden, hat der deutsche evangelische Lehrer im besonderen Maße die Pflicht, auf seinen Wandel zu achten und durch gutes vorbildliches Auftreten die deutsche evangelische Minderheit zu stärken.“ — Des weiteren droht dann der geistliche Kämpfe auf Anweisung von Gemeindefreunden hin mit Verweisen an die Lehrer und mit Verweisungen aus der Dittmar. — Wenn es in jener Gegend mehr solche geistlichen Ortschulinspektoren gibt, werden die Lehrer mit ihrer Berufung wahrscheinlich sehr emmerfanden sein.

— (Die Lage in Samoa) wird, wie die „Köln. Ztg.“ aus Berlin erfährt, an amtlicher Stelle nicht als besonders ernst aufgefaßt. Nach einem neueren Telegramm des Gouvernements ist keine Verschlechterung eingetreten. Zur endgültigen Verhinderung der Eingeborenen wartet Dr. Solf das Zusammenkommen der drei Kriegsschiffe vor Apia ab. Wie schon gemeldet, ist es ihm gelungen, auf gutlichem Wege vorläufig die Eingeborenen von Ausschreitungen abzuhalten. Auch wird hier nicht angenommen, daß der Gouverneur beabsichtigt, das bewaffnete Einschreiten der Kriegsschiffe beabsichtigt herbeizuführen, sondern man glaubt, daß er versuchen und vermuthlich auch erreichen wird, unter dem Druck der Anwesenheit dreier deutscher Kriegsschiffe die Eingeborenen ohne Blutvergießen zur Aufgabe ihrer widerspännlichen Haltung und zur Auslieferung der Schuldigen, insbesondere des Hauptlings Lanaki zu bewegen. Die Hauptschuldigen werden dann jedenfalls von einem der Kriegsschiffe nach dem Vismardarchipel übergeführt werden, wo sie bei ihren auf der Gazelle-Halbinsel seit längeren Jahren anhänglichen Stammesgenossen Anlehnung finden können. Auch von den auf Samoa beteiligten deutschen Firmen sind keine neueren beunruhigenden Nachrichten der amtlichen Stelle übermittelt worden. — Offiziell wird im Anschluß daran noch ausdrücklich in der „Kölnischen Ztg.“ betont, die Expedition des Vizeadmirals Coepers, des Chefs des ostafrikanischen Kreuzergeschwaders, nach Samoa habe keinen anderen Zweck, als für die Sicherheit der Kolonie Sorge zu tragen. Das im „New York Herald“ verbreitete Gerücht, Deutschland wolle bei dieser Gelegenheit solche Inseln im Stillen Ozean besetzen, deren Zugehörigkeit zu anderen Staaten nicht ganz klargestellt sei, sei völlig gegenstandslos.

Vermischtes.

— (Ein Vortrag des Prinzen Heinrich von Preußen) Nach einer Meldung von Berliner Blättern beabsichtigt Prinz Heinrich von Preußen im Verein für Motorluftschiffahrt in der Nordmark mit dem Sige in Kiel einen Vortrag zu halten. Der durch eine Reihe von Vorträgen und kinematographischen Darstellungen illustrierte Vortrag wird am Sonnabend den 20. März vor einem glänzenden Auditorium in der Aula der Marine-Akademie stattfinden. Das Thema lautet: „Meine Fahrt mit dem Zepplinschiff Luftschiff Z 1a am 27. Oktober 1908.“

— (Eine Spionageangelegenheit.) Der wegen Diebstahls verurteilte 20 jährige Depotarbeiter W. K. F. r. m. aus dem Verließendeput in Mainz ein Militärfernglas im Werte von etwa 1000 M. gestohlen und nach Frankreich verkauft. Als er dieser Tage nach Deutschland zurückkehrte, wurde er verhaftet. Er soll mit einem Spion, nach dem eigig gefaßt wird, in Verbindung stehen.

— (Ein konfessionelles Festspiel.) In schreibt man dem „Frank. Kurier“ aus St. Ingbert, es wolle das neue auf diesem Gebiet der schier unbegrenzten Möglichkeiten. Anlässlich der Geburtsstagsfeier des Prinzenregenten Luitpold fand in einem Dorf des bayerischen Amtsbezirks das Zentrumessen am Donnerstag und das liberale (protestantische) Essen am Sonnabend statt. — (In den Familien angeordnet.) In Pragberg i. B. wurde die Braueri, Wäzler, Wohnhaus, Wegel, Stallungen und Schuppen des Welfers Witzgall eingekauft. In den Flammen kam auch der vierzigjährige Knecht und eine 20 jährige Waad un.

Reklameteil.



Kinder-
mehl
Kran-
kosten

Hervorragend bewährte
Nahrung.
Die Kinder gedeihen
vorzüglich dabei
u. leiden nicht an
Verdaunungsstörung.

Ein Tusch vor Tylofloripulver



veranlaßt viele, namentlich Nervöse, abends und nachts vom Kaffeegenuß abzusehen, trotzdem sie sehr gern dieses bevorzugte Genußmittel trinken würden. Wenn Sie „Kaffee Hag“ coffeinfrei, genießen, haben Sie keinerlei Beeinträchtigungen Ihrer Nachtruhe zu befürchten, da diesem wirklichen Kaffee das auf Herz und Nerven wirkende und die Schlaflosigkeit verursachende Coffein entzogen ist. „Kaffee Hag“ coffeinfrei, ist in Paketen à 1/2 Pfd. mit Schutzmarke „Rettingring“ von 60 Pfg. an in allen besseren Geschäften zu haben.

3 extrabillige Restetage!

Die sich während der letzten Monate angesammelten Reste und Restbestände aller Warengattungen, besonders Reste von

Kleiderstoffen, Waschstoffen, Woll-Mousselines, Negligé-Barchent, Wäschestoffen, Gardinen, Möbelstoffe, Läufer u. Linoleum etc.

sind zusammengestellt und kommen

Donnerstag, Freitag u. Sonnabend
den 18. 19. 20.
zu  **aussergewöhnlich billigen Preisen**  zum Verkauf.

Otto Dobkowitz

Merseburg.

11. Entenplan 11.



Pilo

ist in Qualität immer zuverlässig gut.
Die Schuhe bekommen rasch eleganten Glanz; das Leder wird elastisch und dauerhaft, was Hunderttausende unserer Hausfrauen veranlaßt, die Schuhe nur mit Pilo wischen zu lassen.



Gamaschen
aus Segeltuchen, Leber und Tuch empfohlen
billigst **Hildebrandt & Rulfes.**

Wohlwärmend, nahrhaft, billig sind
Fritz Schanze's
Dörrgemüse, als:
Braunkohl, Wirsingkohl,
Carotten, Bohnen, Leipziger
Allerlei, Zucchini.

Ein Versuch überzeugt von der Güte.

Magdeburger Privat-Bank

Zweiquarterleistung Merseburg.

Bei der hiesigen Niederlassung der Magdeburger Privat-Bank wurden für die durch Hochwasser geschädigte Altmark, außer den bereits veröffentlichten, weitere Beträge gezeichnet:

- | | | | |
|----------------------------------|--------|------------------------|---------|
| 1. Herr Landesrat Wilhelm | 5 Mrk. | 4. Herr W. 4. | 10 Mrk. |
| 2. Herr D. Schumann, Wallendorf | 5 Mrk. | 5. Herr Otto Dobkowitz | 20 Mrk. |
| 3. Gasse von Restaurateur Wenzel | 8 Mrk. | 6. Herr Lehrer May | 5 Mrk. |
- Insgesamt gingen bei der Magdeburger Privat-Bank bis 13. März

Mrk. 13 706,64

ein. Wir bitten herzlich, uns weitere Beträge für die Ueber-schwennten zur Verfügung zu stellen, über die wir wöchentlich öffentliche Quittung ausstellen werden.

Reichstrone.

Heute sowie täglich von 8 Uhr ab
Unterhaltungs-Konzerte

vom
Damen-Konzert-Ensemble

Viola.

Künstlerische Musik mit
Carmouium-Belegung.
Entree frei. Entree frei.
Jeden Sonntag 3 Konzerte.

Theater

„Weisse Wand“
Merseburg.

Dienstag u. Sonnabend Bilderwechsel.

Programm.

1. Die Verehrer der Köchin. Zum Fortsetzen.
 2. Im Lande der Witternachts-Sonne.
 3. Wunderbar solarisiert.
 4. Unruh ist der Welt Lohn. Festschendes Drama in 14 Akten.
 5. Um der Ehre wegen. Ein Roman aus dem Leben.
 6. Die Waise durch Dumah. Naturelle Aufnahme.
 7. Der Geigenpieler. Kol.
 8. Die Frau soll nicht arbeiten. Hochfomisch.
 9. Eines Vogels wegen.
- Rat für Abend:
Retronen, aber zufrieden

Merseburger Musik-Verein.

3. Symphonie-Konzert
des Wunderstein-Dirigenten
Freitag den 19. März
abends 7 Uhr

im Zwölfsaal.

Programm.

1. Beethoven: Zweite Symphonie.
 2. Saint-Saëns: *Vorspiel zum biblischen Drama „Sinfur“.
 3. R. Wagner: Vorspiel zum Parsifal.
 4. Max Schilling: a. Von Spielmanns Leib und Lust aus der Oper „Der Weltretter“, b. Das Entree aus der musikalischen Tragödie „Der Maloch“.
 5. R. Wagner: Ouvertüre zum „Tannhäuser“.
- Platzkarten zu 50 Pf. bis Freitag mittag in der Buchhandlung von Stollberg; abends Einloskarten zu 3 und 2 Mrk.

Haarausfall!

Schuppen befestigt unieglbar das Antika-Wälzchen „Robin“. Es macht jedes Haar rannemisch, gibt ihm ein herrliches, kuppiges Aussehen! Von köstlichem Wohlgeruch. a 50 Pf.
Central-Drogerie **Richard Kupper**

Bei schwachen schmerzenden Augen
Dr. Gustav's Augenwasser, destilliert aus heilsamen Kräutern, von sehr erfrischender, wohltuender Wirkung. a 50 Pf. Cent. Dr. **Rich. Kupper.**

Einen Lehrling,

welcher die Ofenbakerer erlernen will, heißt ein **H. Stein, Töpfermeister.**

Suche einen fleißigen

redegewandten Mann,

welcher den Betrieb meines im hiesigen Kreise gut eingeführten Hausbedarfartikels sowie das Einfassieren der Weller übernimmt bei Gehalt und Provision. Dauernde Stellung angemeldet. Offerten mit Lebenslauf unter **GR 3** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ausbesserin

sucht Beschäftigung **Gr. Ritterstr. 15.**

Aufwartung

für einige Stunden des Vormittags gesucht
Gärtnerstr. 36 dort

Ein Gürtel verloren.

Gegen Belohnung abzugeben
Schmalstrasse 19.

Eine Herrenuhr

ist gefunden worden.
Gegen Belohnung abzugeben
Schützen Str. 42.

Ein brauner Lederbeutel,

enthaltend ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Notizbuch und 1 Bund Schlüssel, von der Reichsauer Mühlle bis nach dem Antshäusern verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben in der
Reichsauer Mühlle.

Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

(In Sachsen der Steuerhinterziehung-Gen der Agrarier) ergriff Prof. Delbrück gegen-über den Erklärungen der „Berl. Korresp.“ und den Ausführungen des Finanzministers im Abgeordneten- haufe nochmals das Wort. Bekanntlich hatte die „Berl. Korresp.“ gegen seine Berechnung, daß allein in Preußen ja 60 Milliarden sich jährlich der Veran- laugung entziehen, ins Feld geführt, daß dabei der Wert des Hausrats und ebenso der Betrag der nicht steuerpflichtigen Vermögen unter 6000 Mark nicht abgezogen seien. Prof. Delbrück betont demgegenüber, daß er diese Abzüge tatsächlich gemacht habe. Im übrigen befinden sich in der Entgegung folgende charakteristischsten Bemerkungen über die Tätigkeit des Landrats bei der Steuerveranlagung der Land- wirt: Es ist bekannt, von mir in Zahlen nachgewiesen und jetzt auch vom Herrn Finanzminister zugestanden, daß die Steuerveranlagungen in der Stadt wie auf dem Lande erheblich hinter der Wahrheit zurückbleiben. Auf dem Lande hat man sich an einen gewissen Durch- schnittssatz des Ertrages gewöhnt, über den man auch etwas heraus und unter Umständen auch heruntergeht. Wollte nun ein Landrat anfangen, scharf herauszufressen, so würde er in Zanf und Widerspruch erst mit der Veranlagungskommission und dann mit seinem Kreise geraten. Der Landrat ist politischer Beamter, der seinen Kreis in vieler Beziehung führen soll. Wenn verlaunt, daß er sich mit seinem Kreise schlecht liebt, so ergibt sich daraus sehr bald der Schluß, daß er für sein Amt nicht geeignet ist. Einmal Tages wird es als Regie- rungsrat weggeworfen und bleibt Regie- rungsrat sein Leben lang; für eine politische höhere Stellung ist er nicht qualifiziert. Das sind Dinge, die jedermann weiß, der einmal mit der preussischen Veranlagung Fühlung gehabt hat. Wohl liegt es die Finanzverwaltung gern, wenn der Landrat höhere Steuern aus dem Kreise herausholt, aber das wichtigste ist doch, daß er die vorteilhafte Stellung, die diesem Amte seit alters eigenlich ist, be- wahrt. Was aus meinen Ausführungen zu folgen ist, ist also nicht, daß ich den Landräten, weil sie bei den Steuern Milde walten lassen, Pflichtwidrigkeit vorwerfe, sondern daß ihr Hauptamt mit diesem Neben- amt innerlich unverträglich ist. Ein zentraler Neben- beamter an der Spitze der Veranlagung würde sehr viel mehr leisten.

(Stehen die Mannschaften des Ver- urlaubtenstandes während des ganzen Kontrollverfammlungsstages) unter dem Militärgefetz? Diese Frage war bisher von den Ge- richten stets bejaht worden. In der letzten Zeit aber haben zwei Kriegsgerichte in entgegengezetm Sinne entschieden, nämlich das Kriegsgericht der vierten bayerischen Division in Würzburg und das Ober- kriegsgericht des 10. Armeekorps. Das erstere entschied, daß das Militärgericht nur für Ver- schüngen, die während der Kontrollverfammlungs- anstalt, nicht aber für solche, die während der übrigen Tagelunden begangen wurden, zuständig sein könne. Das Oberkriegsgericht erklärte gleichfalls bei einem Besche, daß von Referenten nach der Kontrollver- fammlung verurteilt werden war, seine Unzuständig- keit, indem er betonte, daß es positive gesetzliche Bestim- mungen gäbe, denen zufolge die Mannschaften während der aktiven Dienstzeit und der Abwesenheit einschließ- lich des vollen Entlassungstages unter dem Militärgefetz stehen. Für die Tage der Kontrollverfammlungen aber fehle eine solche gesetzliche Bestimmung, und sie würde gewiß von dem Gesetzgeber getroffen worden sein, wenn dieser die Mannschaften nicht nur während der Kontrollverfammlungen selbst, sondern auch für die übrigen Stunden des Tages dem Militärgericht hätte unterstellen wollen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 16. März.) Der Reichstag nahm am Dienstag zunächst die dritte Beratung des Weingefetzes vor. Abg. Müller- Jheronim (Zst. Vpt.) trat für seinen Antrag, die Zuderungsgrenze vom 31. Dezember bis zum 31. Januar auszubehnen, ein. Der Antrag wurde abgelehnt und der § 3 nach den Beschlüssen der zweiten Sitzung angenommen. Zu § 6b hatten die Abgeordneten Erzberger und Baezen einen Vermittlungsantrag eingebracht, der den verbündeten Regierungen die Möglichkeit bieten sollte, das ganze Gefez, das sie für den Fall der Einnahme des § 6b für unannehmbar erklärt hatten, abgelehnt zu können. Schr. v. Seyd. (nl.) trat trotzdem für unveränderte Ein- nahme des § 6b ein. Die Freisinnigen ließen durch den Abg. Baez erklären, daß sie gegen den ersten Teil des § 6b geschlossen stimmen würden, um nicht das ganze Gefez auf Fall zu bringen. Trotzdem aber könnten sie den Antrag Erzberger nicht annehmen. Schließlich wurde der erste Antrag des § 6b getzlichen, und der Antrag Erzberger- Baezen angenommen. Das ganze Gefez wurde dann in der Gesamtsitzung einstimmig angenommen und ebenso ohne Debatte das Gefez über die Westleitung der Doppel-

beheizung. Beim Etat des Reichsmilitärgerichts, der dann zur Beratung gestellt wurde, wurden die von der Budgetkommission gemachten Vorschläge zum größten Teil wieder hergestelt. Dann trat das Haus in die Beratung des Militäretats ein. Der Zentrumsabg. Hauster, eröffnete die Debatte mit ziemlich scharfer Agitationsrede. Abg. v. Vietert (Kpt.) trat mit großer Wärme für die Auf- rechterhaltung der Schloßerstellung der Vorse ein. Der weitere Beratung wurde schließlich auf Mittwoch vertagt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 16. März.) Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag mit der Beratung des Budgets. Zunächst fand eine allgemeine Debatte über die Frage der Einführung von Schiff- fahrtssabgaben statt. Der Gegenwart, welcher von der preussischen Regierung dem Bundesrat unterbreitet ist, wurde von sämtlichen Rednern zum Gegenstand der Besprechung gemacht. Der konservative Abg. v. Pappen- heim, der die Tendenz der Besätze in allen Punkten billigte, hielt es für nötig, einen scharfen Angriff gegen die Bundesstaaten zu richten, die der Einführung von Schiffahrtssabgaben Widerstand entgegensetzten. Er machte namentlich der heftigsten Regierung die scharfsten Vorwürfe und stellte Maßregelungen von preussischer Seite in Aus- sicht, wenn dessen im Bundesrat gegen die Einführung der Schiffahrtssabgaben stimmen müßte. Die beiden Redner des Zentrums, Abg. Lounreau und Dr. Dahlem, traten für die Einführung der Schiffahrtssabgaben ein. Scharfe Kritik übte dagegen an diesen Abgaben der Freisinnige Kandler, der darlegte, daß seine politischen Freunde die Schiffahrtssabgaben nicht mehr für vorzuziehend hielten und die Abgabenfreiheit der Ströme verlangten. Abg. Kandler erkannte rickhaltlos an, daß die Vor- lage gegenüber den Vorschlägen, die gelegentlich der Beratung der Kanalvorlage gemacht waren, eine Reihe von Verbesserungen enthalte. Aus der Erklärung des Ministers o. Böttcher ging hervor, daß der Minister versichert, es sollten auch fernhin den Leistungsschwachen Stromgebieten, z. B. dem Weichselgebiet, regelmäßige Staatsbeihilfen gewährt werden. Beim Titel „Bauordnng“ wurden scharfe Be- schwerden zur Sprache gebracht. Insbesondere klagte Abg. Dr. Schupp von der Freisinnigen Volksliste über die unzulässige Handhabung der bauordnnglichen Vorschriften in den Berliner Vororten. Danach kamen Kanalfragen zur Erörterung. Von verschiedenen Rednern wurde eine Kanali- sierung der Vahn, Miel und Saar verlangt. Sie er- klärten aber vom Minister keine glatte Zusage. Dagegen erklärte der Eisenbahnminister auf eine Anfrage des Abg. Kandler-Boien, daß das Projekt einer Regulierung der Barthe von Posen bis Luban fertiggestellt sei, und daß er hoffe, daß der Reitertrag dieses sehr kostspieligen Projektes noch von den Interessenten außerhalb der Stadt Posen aufgebracht werde. Am Mittwoch wird die Be- ratung fortgesetzt.

Die Budgetkommission des Reichs- tages erlichte am Dienstag dem Militäretat ohne weitere erhebliche Abänderung und unverändert den Etat über den allgemeinen Pensionsfonds. Die verbündeten Regierungen haben der vorjährigen Resolution des Reichstages entsprochen, daß Leute, die über 18 Jahre gedient haben, die Militärente neben der Zivrente gewährt wird, bis zum Betrage von 2000 Mark. Zum Reichsinvalidenfonds wurde eine Resolution des Zentrums angenommen, die den Wunsch nach Erparnissen ausdrückt. Die auffällig großen Aufwendungen wurden durch den bayerischen Vertreter begründet mit den sehr großen Strapazen des bayerischen Korps im Feldzuge 1870/71. Mittwoch: Marinemat.

Dem Reichstages ist eine Novelle zum Strafgesezbuch zugegangen, wonach der Beleidigungsparagrafen seit langem geforderten stärkeren Schutz des Privatlebens erhält, bei vorliegender Not die bisherigen Strafen für Entwendung oder Unterschlagung von Gebrauchsgesegenständen gemildert, neue Vorschläge über besseren Schutz des Kindes gegen grobe Mißhandlungen durch seine Nachhaber gemacht, auch neue Bestimmungen über Hausfriedensbruch, Arrestbruch, Bereitelung der Zwangsvollstreckung, Tierquälerei und Erprellung getroffen werden.

Die Budgetkommission des Abgeord- netenhauses hat den Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Grundkapitals der preussischen Zentralgenossenschaftskasse von 60 auf 70 Millionen Mark gegen eine Stimme angenommen.

Gegen das Lehrerbesoldungsgesez, wie es im Abgeordnetenhaus beschloffen worden ist, fiel sich nach dem Berliner Korrespondenten der „Zst. Ztg.“ im Herrenhaufe eine starke Opposition bemerkbar machen, nicht nur in der Partei der Vürger- meister. Es müßte damit gerechnet werden, daß das Herrenhaus zunächst Abänderungen vornehmen wird.

Provinz und Amgegend.

† Halle, 16. März. Sven Hedin hielt gestern im hiesigen Verein für Erdkunde einen Vortrag. Nach dessen Beendigung teilte Professor Wangerin mit, daß der Forscher zum Mitgliede der Leopoldinisch- Carolinischen Akademie ernannt worden sei. Ferner machte Professor Philippjohn die Mitteilung, daß der

Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thü- ringen Sven Hedin zum Ehrenmitglied ernannt habe.

† Halle, 16. März. Gestern nachmittag gelang es einem hiesigen Gangeschäft in der Leipzigerstraße, einen dem Ansehen nach gewerbsmäßigen Beschel- fächler durch die Kriminalpolizei festschnellen zu lassen. Der Verbrecher hatte vor einigen Tagen einen gefälschten Wechsel in Höhe von ca. 300 Mk. dis- kontiert und versuchte nun gestern zwei weitere Wechsel zu begeben. Er gab an, Wittching zu heißen.

† Weiskensfeld, 16. März. Der 2 1/2-jährige Willi Wöttcher kam während der Abwesenheit der Eltern beim Spielen in der Küche dem Ofen zu nahe. Herauspringende Funken legten sein Kleidchen in Brand, wodurch der kleine rote sofortiger Hilfe so schwere Brandwunden erlitt, daß er kurze Zeit nach der Einlieferung ins städtische Krankenhaus starb.

† Zeitz, 16. März. Gestern Freitagabend wurde auf der Provinzial-Landstraße der etwa 50-jährige Arbeiter Zorke aus Kreispaß in der Nähe des Rittergutes Naethen plötzlich hinterläßt von einer Krönigen, unterliegenden Person in den Strafengraben geschleudert, gewürgt und seiner Barschaft von 40 Mark beraubt. Darauf entloß der Täter in der Richtung nach Zeitz.

† Magdeburg, 16. März. Zum Direktor der Provinzial-Hebammenanstalt hier selbst in der Kaiser Friedrichstraße ist vom Provinzialausfchuß in Merseburg anstelle des am 1. Juni d. J. in den Ruhestand tretenden Medizinalrats Dr. Dahlmann der eulte Militärarzt an der Universitäts-Frauenklinik zu Kiel Dr. v. Alvensleben gewählt worden.

† Erfurt, 16. März. Die Zahl der Typhus- kranken hat sich in den letzten Tagen bedeutend vermehrt. In den beiden städtischen Krankenhäusern liegen gegenwärtig 48 Typhuskrane. Seit Ende voriger Woche sind drei Todesfälle infolge Typhus vorgekommen. Für eine eventuelle weitere Aus- breitung der Krankheit sind Referententramente ein- gerichtet worden. — Die städtische Eratskommission ist dem Antrage des Magistrats, den kommunalen Ein- kommensteuerzuschlag um 23 Proz. zu erhöhen, nicht beigetreten und hat beschloffen, bei der Stadt- vorordnetenversammlung eine Erhöhung des Zuschlags um nur 15 Proz., also von 143 auf 158 Proz., zu beantragen.

† Bitterfeld, 17. März. Der Porzellanballon unternehm nachmittag um 5 Uhr eine halb- stündige Probefahrt. Er kreuzte zuerst über der Stadt und machte dann über Sandersdorf einige Wendungen. Um 1/6 Uhr erfolgte die Landung.

† Bitterfeld, 17. März. Im Lehrerverein Bitterfeld sprach Kantor Kirsten-Bitterfeld über: „Kommunalsteuerfreiheit der Beamten und passives Wahlrecht der Volksschullehrer.“ Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Lehrerverein Bitterfeld bittet den Vorstand des Provinzial- leherversandes, beim Vorstände des Preussischen Lehrervereins dahin vorsteltig zu werden, bei beiden Häusern des Landtages zu beantragen, daß den Volksschullehrern jetzt das passive Wahlrecht erteilt werde. Außerdem bitten wir um Aufhebung des Steuerprivilegs, sobald die Finanzlage des Staates gestattet, die Volksschullehrer dafür voll zu entschädigen.“ Im nächsten Vierteljahr soll ein Vortrag des Herrn Prof. Dr. Mertens, Direktors des städtischen Museums für Natur- und Heimatkunde zu Magdeburg, über Naturdenkmalspflege gefahrt werden.

† Dessau, 17. März. Vor einigen Tagen ver- suchte der 18-jährige Schlosserlehrling Billig seine „Vant“, eine gleichalterige Arbeiterin zu erschließen. Während das Mädchen nur leicht verletzt wurde, ver- wundete er sich durch zwei Revolvergeschosse so schwer, daß er jetzt an den Verletzungen starb.

† Zerbst, 16. März. Sonntag nachmittag gegen 5 1/2 Uhr landete in der Nähe unserer Stadt bei der v. Seulingschen Fregel in der Magdeburger Chauvee der mit vier Herren benannte Luftballon „Thüringen“. Er war 11 Uhr vormittags in Gotha aufgestiegen. Führer war Oberleutnant v. Brandenburger von der Luftschiffabteilung.

† Halberstadt, 16. März. Am Montag nach- mittag brach in einer dem Kaufmann Efer gehörigen, in der Augustenstraße gelegenen Wohnkne ein Brand aus. Der freiwilligen Feuerwehrelang es nach kurzer, angestrengter Tätigkeit das Feuer zu be- kämpfen und jede Gefahr von dem angebauten Wohn- gebäude abzuwenden. Vollständig durch Feuer oder Wasser vernichtet wurden große Feuer- und Strohvorräte, die nicht versichert waren; dagegen hat das Gebäude nur einen kleinen Schaden erlitten.

† Jena, 15. März. Auf einer hiesigen Steuer- einnahmestelle erlitten kürzlich ein Student und ein Vertreter einer Verbindung, die hoch oben auf den Kernbergen in Ziegenhainer Fzlar ein Grundstück, die

Wenn eine Frau

Sicherheit, daß man einen garantiert reinen, wohl-schmeckenden und köstlichen Malzkaffee erhält. In ganzen, halben und viertel Paketen. Das 1/4 Paket 10 Pfg.

um einige Pfennige zu sparen, minderwertige gebrannte Gerste kauft, die oft auch unter dem Namen Malzkaffee verkauft wird, so ist das eine verkehrte Sparsamkeit. — Der in geschlossenen Paketen verkaufte echte Kathreiners Malzkaffee bietet die

In Flaschen à 10, 15, 20, 30 Pfg. u. 1 Mk. überall erhältlich.



In Flaschen à 10, 15, 20, 30 Pfg. u. 1 Mk. überall erhältlich.

Schweizer Katzenfelle,
ein natürliches Mittel von auffallend guter Wirkung bei Gicht, Rheumatismus, Erkältungen aller Art bei
Richard Kupper,
Markt 17,
Central-Drogerie.



Gesang-Bücher,
Größte Auswahl, billigste Preise.
Kurt Karlus,
Brühl 4,
Mitgl. d. Rab. Sp.-V.

Haarbesen, Handfeger, Möbelbürsten, Scheuerbürsten, Scheuertücher.
Erstklassige Ware. Sehr preiswert.
Wilhelm Köhler,
kl. Ritterstrasse.

Oefen, Herde, gusseiserne Kessel empfiehlt billigst
Ofenhandlung Hermann Müller,
Schmaltestraße 19 Fernsprecher 300.

Reichskrone—Merseburg.
Sonntag den 21. März abends 8 1/2 Uhr
Einmaliges Gastspiel der beliebten Knytel-Sänger
Einzige Leipziger Herrengesellschaft, welche die Schauspielkonzession besitzt.
Ganz neues, nie gehörtes Original-Programm.
11 a „Der Verräter“, großes Militär-Schauspiel. „Der doppelte Freier“, Original-Burleske 2c 2c.
Ausscheine höchster Autoritäten — Kunstgefang. — Anfang 8 1/4 Uhr.
Entrée 10 Pfg. Bortorlauf 50 Pfg. In den Zigarrenhandlungen von G. Fuchs und A. Reichold.

Modes.
Gestatte mir ergehen anzugeben, daß sämtliche Neuheiten der Saison eingetroffen sind. Modellhüte sehen zur gefälligen Ansicht.
J. Hagen.

In wenigen Minuten bereithalbar sind
MAGGI'S Suppen
in Würfel zu 10 Pfg. für 3 Teller vorzüglicher Suppe. Ohne weitere Zusatz, nur mit Wasser zubereiten. Seitens empfohlen von
Wilh. Kriesch, Dr. Kurt Atzel, Adler-Drogerie, Entenplan 23.

Das ist welche
für beste Qualität bürgt.
Dr. Oetker's Vanilla-Zucker
ist der beste und billigste Ersatz für Vanilla.
Zum Backen nur das echte **Dr. Oetker's** Backpulver.

Anna Koppmann,
Burgstrasse 13, I. Etage
empfiehlt sämtliche Neuheiten von
garnierten und ungarnechten Damen- und Kinderhüten
in grösster Auswahl.
Hüte zum modernisieren baldigst erbeten.

Gewunden Beamten öffentlicher Behörden mit personalfähigem Jahreseinkommen von mindestens 1800 Mk. werden bis zur Hälfte ihres Einkommens
Darlehen ohne Bürgen
gewährt mit zehnjähriger Amortisation gegen Abschluss einer Lebensversicherung in Versicherungsbüro. Streng reell und verschwiegen. Offerten mit gen. Angaben unter **O 1845** Exped. der Leipziger Neuesten Nachrichten, Leipzig, Johannisstraße 1.

Kaufe ganze Nachlässe,
getragene Kleidungsstücke, Federbetten, Möbel, Wäsche, Schuhe, Stiefel und dergleichen mehr.
H. Apelt, Delgrube 7.

Neue Malta-Kartoffeln
à 15 Pfg.
feinste englische Matjes Heringe, sehr hart und fett.
Pariser Kopfsalat, Petersilie, frische Bananen, Madeira-Ananas, hochfeine Messina-Murcia- und Valencia-Apfelsinen
in allen Preislagen sehr süß, feinste Messina-Zitronen.
Ebenso empfehle:
Starke Perlhühner, Puterhennen, Kapauer, Poulets.
C. L. Zimmermann,
Burgstraße. Burgstraße.

Sanitätskolonne der freiwilligen Feuerwehr
Freitag den 19. März abends 8 1/2 Uhr
Übung
in der Turnhalle.
Das Kommando.

Der Deutsche Brivalbeamten-Berein (Zweigverein Merseburg)
bittet alle Brivalbeamten, sich unserem Zweigverein anzuschließen.
Versammlungslokal „Schultheiß“.
Versammlungszeit jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand

Aufruf!
Diejenigen jungen Mädchen und Frauen, welche an dem Lehrkursus der hier zu gründenden

Hochschule
zum Sommer oder Wintersemester teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei Frau Präsidentin v. Behr, Seffnerstraße, oder Frau Herzog, Karlstraße 15, zu melden. Der Lehrkursus ist halbjährlich und kostet für Mitglieder des deutsch-evangelischen Frauenbundes 90 Mk., für Nichtmitglieder 100 Mk., und ist in monatlichen Raten zu zahlen. Anmeldungen bis 1. April erbeten.

General-Versammlung des Gewerbe-Bereins
findet Dienstag den 23. März cr., abends 8 1/2 Uhr,
im „Herzog Christian“ statt.
Tagesordnung:
1. Mitteltagen.
2. Rechnungslegung und Entlastung des Kassierers.
3. Entscheidung über die Verwendung der der Bücherei nicht auszuführenden Hälfte des Überschusses der Vereinstafel.
4. Vorstandswahl.
5. Vortrag des Herrn Blume-Halle über Genossenschaftswesen.
Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Schützengilde.
Heute Donnerstag
letzter Schlessabend.
Alles zur Stelle.

Buchdrucker-Verein Gutenberg.
Sonntag den 21. März
Ausflug nach Schkopau
(Deutscher Kaiser).
Dafelbst von nachm. 3 Uhr an
Tänzchen.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Funkenburg.
Tägliche Auftreten der Bayrischen Sänger
Michel Häpp
mit neuen Stücken.
Hochachtend O. Heffarth.

Hoblands Restaurant.
Tägliche Konzerte des Damenorchesters „Ezzelsdorff“.
Anfang abends 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Hobland.
Badel's Restaurant.
Donnerstag Schloßfest-K.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. G. Vogel in Merseburg.

Correspondent.

Bezugspreis: Vierteljährlich 4 Mark, halbjährlich 7 Mark, monatlich 25 Pf., durch weitere Auslieferung in der Nacht u. am 1. Bande 1,20 Mark, 2. Bande 1,20 Mark, monatlich 40 Pf. 50 Pf. Postzusatz 2 Pf., nach Ausland mit Verzinsung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal wöchentlich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Festtagen; in den Wintermonaten der Nacht am Abend herab. — Nachdruck anderer Originalaufnahmen nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rückgabe unversehrter Einlieferungen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 2 seilig, Illust. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage. 2 seilig, landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Zeile je 1000 Zeichen oder deren Raum 1. Woche u. 2. Woche 10 Pf., ab der 3. Woche 8 Pf., 4. Woche 7 Pf., 5. Woche 6 Pf., 6. Woche 5 Pf., 7. Woche 4 Pf., 8. Woche 3 Pf., 9. Woche 2 Pf., 10. Woche 1 Pf., 11. Woche 1 Pf., 12. Woche 1 Pf., 13. Woche 1 Pf., 14. Woche 1 Pf., 15. Woche 1 Pf., 16. Woche 1 Pf., 17. Woche 1 Pf., 18. Woche 1 Pf., 19. Woche 1 Pf., 20. Woche 1 Pf., 21. Woche 1 Pf., 22. Woche 1 Pf., 23. Woche 1 Pf., 24. Woche 1 Pf., 25. Woche 1 Pf., 26. Woche 1 Pf., 27. Woche 1 Pf., 28. Woche 1 Pf., 29. Woche 1 Pf., 30. Woche 1 Pf., 31. Woche 1 Pf., 32. Woche 1 Pf., 33. Woche 1 Pf., 34. Woche 1 Pf., 35. Woche 1 Pf., 36. Woche 1 Pf., 37. Woche 1 Pf., 38. Woche 1 Pf., 39. Woche 1 Pf., 40. Woche 1 Pf., 41. Woche 1 Pf., 42. Woche 1 Pf., 43. Woche 1 Pf., 44. Woche 1 Pf., 45. Woche 1 Pf., 46. Woche 1 Pf., 47. Woche 1 Pf., 48. Woche 1 Pf., 49. Woche 1 Pf., 50. Woche 1 Pf., 51. Woche 1 Pf., 52. Woche 1 Pf., 53. Woche 1 Pf., 54. Woche 1 Pf., 55. Woche 1 Pf., 56. Woche 1 Pf., 57. Woche 1 Pf., 58. Woche 1 Pf., 59. Woche 1 Pf., 60. Woche 1 Pf., 61. Woche 1 Pf., 62. Woche 1 Pf., 63. Woche 1 Pf., 64. Woche 1 Pf., 65. Woche 1 Pf., 66. Woche 1 Pf., 67. Woche 1 Pf., 68. Woche 1 Pf., 69. Woche 1 Pf., 70. Woche 1 Pf., 71. Woche 1 Pf., 72. Woche 1 Pf., 73. Woche 1 Pf., 74. Woche 1 Pf., 75. Woche 1 Pf., 76. Woche 1 Pf., 77. Woche 1 Pf., 78. Woche 1 Pf., 79. Woche 1 Pf., 80. Woche 1 Pf., 81. Woche 1 Pf., 82. Woche 1 Pf., 83. Woche 1 Pf., 84. Woche 1 Pf., 85. Woche 1 Pf., 86. Woche 1 Pf., 87. Woche 1 Pf., 88. Woche 1 Pf., 89. Woche 1 Pf., 90. Woche 1 Pf., 91. Woche 1 Pf., 92. Woche 1 Pf., 93. Woche 1 Pf., 94. Woche 1 Pf., 95. Woche 1 Pf., 96. Woche 1 Pf., 97. Woche 1 Pf., 98. Woche 1 Pf., 99. Woche 1 Pf., 100. Woche 1 Pf.

Nr. 65.

Donnerstag den 18. März 1909.

35. Jahrg.

Steuer-Vorschläge.

Von Anfang an hat bei der Finanznot das Steuerfinden Berufener und Unberufener eine große Rolle gespielt. Ein großer Geschäftsmann hat einen sehr hübsch und sachlich durchgearbeiteten Vorschlag auf Erhebung einer Verjüngungssteuer gemacht, die ja bis zu einem gewissen Grade geeignet ist, eine Vermögenssteuer zu ersetzen, aber freilich, da der Grund und Boden nicht abrennt und auch gegen Abschmummung nicht verschützt wird, von vornherein den Grundbesitz günstiger behandelt als die Industrie. Diese Steuer würde vom Haushalter auf die Mieter abgewälzt werden und könnte vor allen Dingen das wirklich vorhandene Vermögen nicht berühren, da sie immer vom Brutto-Verkehrswert ohne Rücksicht auf die Schulden erhoben werden würde. Auch würde sie die schlechten Kräfte, die auch meist geringeren Vermögenswert besitzen als die guten, viel höher belasten als die guten.

Von ärztlicher Seite ist neuerdings der Gedanke einer Steuer auf Gehemittel angeregt worden, der gewiß sehr viel für sich hat. Der Ertrag einer solchen Steuer würde aber trotz des großen Verbrauchs von Gehemitteln, dessen Einschränkung nur erwünscht sein kann, kaum in einem gesunden Verhältnis zu den Erhebungskosten stehen. Zunächst die schwierige Frage: Was ist ein Gehemittel? Von Alberts Nembly und dem Liqueur da docteur Laville, zu dem die Gichtler greifen, wenn die Schmerzen des Anfalls zu heftig werden, bis zur Schwärze und dem Drogue des Dr. Bergue, Sachen, die von unendlich vielen Ärzten verschrieben werden, wird es schwer sein, in jedem einzelnen Falle festzustellen, was ein Gehemittel ist. Wir haben ja schon Bistfen auf diesem Gebiet, aber niemand wird behaupten können, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Verbot der Anführung von Gehemitteln, das diese Bistfen notwendig gemacht hat, einwandfrei seien. Das Verfahren hat zu den allergeringsten Beschwerden geführt, und die Sache würde sicher noch schlimmer werden, wenn der Steuerfiskus sich hineinmischte.

Das Petrolmonopol ist seit langem empfohlen worden. Augenblicklich ist das Privatmonopol zwar fast eingestürzt, denn das Scheitern des galizischen Petrolmonopols hat zu einer Preisflut über die deutschen Märkte in galizischen Ölen geführt, die auch die Standard Oil Company, die russische und die rumänische Produktion, die sich mit den Amerikanern über die Einteilung der Absatzgebiete verständigt haben, zu sehr erheblichen Konzessionen an die Bundeskraft genötigt haben. Nicht fraglich ist aber, wie lange diese freie Konkurrenz in Galizien dauern wird, da sie mit einer Preisflut verbunden ist, die in nicht allzu langer Zeit die schwächeren Unternehmungen ausschalten wird. Dann dürfte die Alleinherstellung des privaten Petrolmonopols allerdings wieder eintreten, umso mehr als es für eine neue Konkurrenz mit enormen Verlusten verbunden ist, den Wettbewerb gegen die eingeführten Lieferanten aufzunehmen.

Unter diesen Umständen ist allerdings die Frage eines Reichshandelsmonopols sehr ernstlich zu erwägen. Ein solches braucht das Petroleum nicht um einen Pfennig zu verteuern und vermöchte doch, dem Reiche einen sehr erheblichen Gewinn, den wir auf rund 30—40 Millionen Mark schätzen, zu erbringen. Freilich Herr Spchow scheint nicht der Mann zu sein, so etwas praktisch durchzuführen, da würde eine kaufmännisch geschulte Kraft in die Dornburg besser am Platze sein. Denn will man sicher sein, daß die Monopolverwaltung nicht späterhin von den faktellierten Produzenten des Rohstoffs ausgebeutet wird, so muß eben auch der schwierigere Weg gefunden werden, die Hand in der Rohstoffproduktion zu haben. Und dazu langt bürokratische Schaltung allein nicht aus; gangbar bleibt der Weg aber immertin. Und jedenfalls würde damit nicht so rüch in Inlandsindustrien eingegriffen werden, wie beispielsweise mit der Biersteuer; nur im Handumdrehen läßt sich so

etwas nicht machen. Bedauerlich bleibt es aber, daß man im Reichshandelsamt solche Fragen lediglich erwägt, statt ihnen ernsthaft nachzugehen.

Zur Reichsfinanzreform.

Gegenüber dem Geheiß des Bundes der Landwirte, daß die Nachlasssteuer den größten Teil der Bauern ruinieren werde, ist recht interessant, was der hessische Finanzminister in der zweiten Kammer zu Darmstadt über die Wirkung der Nachlasssteuer in Hessen vortrug. Danach sollen von allen mit landwirtschaftlichem Vermögen von mehr als 20 000 M. veranlagten Personen 29 Proz. unter die ursprünglich vorgesehene Mindestgrenze. Setzt man diese aber auf etwa 50 000 Mark herab, wie dies u. a. Max von Döllinger auch im Wahlkampf empfahl, so würden nur 7,8 Proz. aller hessischen Landwirte Nachlasssteuer zu zahlen haben. Die amtliche „Darmstädter Ztg.“ hat die bezüglichen Zahlen detailliert veröffentlicht, sodaß man sich auch ein Bild davon machen kann, in welchem, oder richtiger gesagt, in wie geringem Umfange die Landwirtschaft von einer Nachlasssteuer mit höherer Steuerfreigrenze getroffen würde. — Die Bündler werden trotzdem weiter schreien. Die innere Unwahrscheinlichkeit ihrer Agitation ist aber erwiesen.

Aus dem pommerschen Wahlkreis Schlawe—Bütow—Nimmelsburg wird uns geschrieben: In Rügenwalde fand eine von über 300 Personen besuchte Versammlung statt, in der Schriftsteller Emil Brandt im Auftrage des Freisinnigen Wahlrechtsausschusses über die preussische Wahlrechtsfrage sprach. Einmütig wurde die Einführung des geheimen, gleichen, direkten Wahlrechtes in Preußen gefordert. Danach sprach Generalsekretär Weinhausen-Verein über die Reichsfinanzreform. Unter großem Beifall wurde folgende Resolution angenommen: „In der heutigen von verschiedenen Parteianhängern zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung wurde nach eingehender Erörterung der Reichsfinanzreform Vorlage einstimmig beschlossen, dem Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises, Herrn Ritterquistorfener von Michaelis, den dringenden Wunsch auszusprechen, sich für die von der Reichsregierung vorgeschlagene und nachdrücklich vertretene Nachlasssteuer mit aller Kraft einzusetzen und seiner Steuerreform zuzustimmen, die diese gerechte Steuer nicht enthält.“ — In der vorausgegangenen Woche hatte Schriftsteller Emil Brandt auf Veranlassung des Freisinnigen Wahlrechtsausschusses in städtischen und ländlichen Versammlungen, ohne in dieser anarischen Hochburg Widerspruch zu finden, über die Wahlrechtsfrage gesprochen und die Forderung nach einem ehelichen und gerechten Wahlrecht vertreten. In der Frage der Reichsfinanzreform wurde in allen Versammlungen einmütig die Nachlasssteuer gefordert.

Der liberale Verein zu Eisenberg (Sachsen-Altenburg) hatte dieser Tage eine öffentliche Versammlung einberufen, um zum derzeitigen Stande der Reichstagsverhandlungen über die Finanzreform Stellung zu nehmen. Das Referat hatte der der Freisinnigen Volkspartei angehörende Vertreter des Reichstagswahlkreises Saalfeld-Sonneberg Gamburg, Herr Reichstagsabgeordnete Enders, übernommen. Nach sehr lebhaften Debatten wurde einstimmig eine Resolution angenommen des Inhalts: „Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unter keinen Umständen der Erhöhung vorhandener oder der Schaffung neuer indirekter Steuern ihre Zustimmung früher gebe, bevor eine von Reichswegen zu erhebende Nachlass- oder Erbschaftsteuer oder eine ähnliche direkt wirkende Steuer sichergestellt ist.“

Eine Verschiebung der Reichsfinanzreform bis in den Herbst hinein soll angeblich von gewisser Seite versucht werden. Der konservative

„Reichsbote“ teilt mit, daß tatsächlich Bestrebungen im Gange sind, durch unnötige Hinauszögerung der Beratungen die Verabschiedung der Reichsfinanzreformvorlage vor Pfingsten zu vereiteln, die Entscheidung bis in den Herbst zu verschieben. — Der „Frei. Ztg.“ ist von solchen Bestrebungen nichts bekannt, da aber der „Reichsbote“ seiner Parteistellung nach Beziehungen zu der konservativen Reichstagsfraktion pflegt, so muß eben dort die Absicht einer Verschiebung der Reichsfinanzreform bestehen.

Zu den Balkanfragen.

Die Zarte läßt sich durch die gestern veröffentlichten serbischen Erklärungen betr. des Sandhats Koobazgar nicht in Sicherheit wiegen. Wie verlautet, erludte die Zarte die serbische Regierung um Erklärungen über den Zweck ihrer außerordentlichen militärischen Maßnahme. Die offizielle Antwort Chierich-Ungarns auf die serbische Note wird nach der „Neuen Freien Presse“ noch im Laufe dieser Woche erfolgen. In dieser Note Chierich-Ungarns wird darauf hingewiesen werden, daß die Note der serbischen Regierung die Antwort auf den wichtigsten Punkt vermissen läßt. Die österreichisch-ungarische Regierung will die serbische Regierung aufordern, sich über diesen Punkt in klarer, unabweisbarer Weise zu äußern. Chierich-Ungarn zeigt also auch jetzt noch ein ungewöhnliches Maß von Geduld, trifft aber gleich Serbien für alle Fälle militärische Vorbereitungen. Die Mobilisierung für die aufstehenden in Betracht kommenden Armeekorps in Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien sollte am Dienstag verfügt werden. Dieser Befehl bedeutet die sofortige Einberufung der Ergänzungsmannschaften und die Annahme des neuen Kriegeslandes beim 16. Korps (Szeged) und beim Militärkommando Jera. Für die nächsten Tage steht die Mobilisierung des VII. (Gemeiner), des XII. (Gemeiner) und des XIII. (Agrar) Korps bevor. Außerdem dürfte noch das IX. Korps (Wien) und ein Teil des VIII. Korps (Breg) mobilisiert werden.

In österreichischen Angelegenheiten äußert sich am Dienstag im Reichstag der Debatte über das Vertrauenentziehen Ministerpräsident Frh. v. Wienert. Die Antwort der serbischen Regierung auf unsere jüngste Denonche hat unsere Erwartungen nicht enttäuscht. (Zuführung) Wir haben Serbien in entgegenkommener Weise die Hand reichen wollen, um es in die Lage zu versetzen, sich uns gegenüber in entsprechender Klarheit über die Veränderung seiner Politik hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina sowie über die zu äußern. Serbien hat aber Serbien in jeder Hinsicht den Österreichern in eine reinen. Daß mich auf Minister der Serben, in der Großartigkeit und ge. (Zuführung) Serbien hat aber Serbien in jeder Hinsicht den Österreichern in eine reinen. Daß mich auf Minister der Serben, in der Großartigkeit und ge. (Zuführung)

Politische Uebersicht.

Schwiz. An der Gottgarbahnkonferenz nehmen auch der „Rhein. Ztg.“ als führender Vertreter seit Bundesrat Sprecher, der Präsident der Generalversammlung der Schweizerischen Bundesbahnen, Weisbach, Generaldirektor Dittmann, Direktor Pestalozzi vom eidgenössischen Eisenbahndepartement und Herr Surter, ein Tarifbeamter der Gottgarbahn, ferner als italienische